

das boot ist voll

Autor(en): **Marti, Kurt**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **85 (1991)**

Heft 9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143645>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Empörung und Beschämung

Für Einzelheiten, weitere Überlegungen und Zahlen verweise ich auf die Dokumentation von Peter Hug «Argumente und Erläuterungen zu den Volksinitiativen für Abrüstung und für ein Waffenausführverbot». Solche Entwicklungen führten in den letzten Monaten in linken, grünen, pazifistischen und kirchlichen Kreisen zu Empörung und Beschämung. Diese Gefühle bildeten das Motiv für eine neue Initiative zum Verbot der Kriegsmaterialausfuhr.

Vor 19 Jahren lehnte das Schweizervolk eine gleichgerichtete Volksinitiative überraschend knapp ab, und in den dreissiger Jahren wurde das Volk bereits vor die gleiche Entscheidung gestellt. Ich lade unsere Leserinnen und Leser ein, der Frage nachzugehen, weshalb wir innert 50 Jahren *zum dritten Mal die gleiche Fragestellung* dem Volk vorlegen müssen. Weshalb diese Unfähigkeit der Regierung, Probleme für mehr als eine Generation lösen zu können?

Stellt die *parlamentarischen Vorstösse* für Rüstungskontrolle und für ein Waffenausfuhrverbot zwischen 1930 und 1940 sowie von 1972 bis heute zusammen, prüft die jeweiligen Antworten des Bundesrates (falls er überhaupt geantwortet hat!) und die Veränderungen, die bewirkt oder eben nicht bewirkt worden sind. Bringt Eure Erkenntnisse beispielhaft in die Debatten über Überlastung und Reform unseres Regierungssystems ein!

Auch Umgehungsgeschäfte verbieten!

Die Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskon-

trolle und ein Waffenausfuhrverbot, die ARW, die sich 1972 aus der Trägerschaft und den Aktivisten der damaligen Volksinitiative gebildet hat, verfolgte die Probleme der Waffen- und Kriegsmaterialausfuhr weiter und unterbreitete Regierung und Parlament immer wieder neue Lösungsvorschläge. Teilweise haben sie in den vorliegenden Initiativtext Eingang gefunden:

– *Dienstleistungen und dazu nötige Finanzierungsgeschäfte* sowie *Umgehungsgeschäfte* sollen dem Kriegsmaterial gleichgestellt werden. Als Umgehungsgeschäfte gelten: Geschäfte über Niederlassungen im Ausland oder in Kooperation mit ausländischen Firmen; Lieferung oder Vermittlung von Produktionseinrichtungen, Lizenzen und technischen Daten.

– Mit dem Vollzug soll eine *verwaltungsunabhängige Kommission des Bundes* beauftragt werden, vergleichbar mit der Banken- oder Kartellkommission. Sie hat auch die Friedensverträglichkeit technologischer Entwicklungen zu bewerten und ist befugt, Inspektionen und Nachkontrollen durchzuführen.

Abschliessend machen wir auf Absatz 3 der Abrüstungsinitiative aufmerksam, der die Umstrukturierung von Betrieben und Verwaltungen auf zivile Güter verlangt. Nachdem sich die ARW schon seit Jahren mit der *Rüstungskonversion* beschäftigt hatte, publizierte sie zu Beginn dieses Jahres eine Dokumentation zum heutigen Stand der Umstrukturierungsdiskussion. Abrüstungsschritte dürfen nicht auf Kosten von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen oder zu Lasten ganzer Regionen (Thun, Uri, Jura, Neuchâtel) erfolgen.

das boot ist voll

*das boot ist voll
das boot ist überladen
mit fluchtgeld
mit diebesgeld
mit blutgeld
aus vieler herren länder*

*das boot ist voll
das boot ist überladen
und immer
schwerer zu steuern
auf seiner fahrt
in die zukunft*

(Kurt Marti, Der Geiger von Brig, Helvetische Jugendgedichte, erschienen im Lenos Verlag, Basel 1991, S. 41)